



In einem prachtvollen Ballsaal in Saudi-Arabien kündigte Donald Trump eine radikale Kehrtwende der US-Außenpolitik im Nahen Osten an. Kein Nation Building mehr, keine militärischen Interventionen – und vor allem keine „Vorträge darüber, wie man zu leben hat“. Stattdessen sollen die Menschen in der Region ihren „eigenen Weg“ gehen und ihr „eigenes Schicksal“ bestimmen.

Klingt wie ein Abschied von Jahrzehnten amerikanischer Außenpolitik.

Die Reaktionen auf seine Worte ließen nicht lange auf sich warten. Während seiner viertägigen Reise durch Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate sprach Trump nicht nur über neue Geschäftsabschlüsse, sondern versuchte sich auch als großer Diplomat. Dabei zeigte er sich betont respektvoll – zumindest für seine Verhältnisse.

Ein historisches Treffen

Ein Höhepunkt seiner Tour: das Treffen mit dem neuen syrischen Präsidenten Ahmed al-Shara. Es war das erste Mal seit einem Vierteljahrhundert, dass sich Staatsoberhäupter Syriens und der USA gegenüberstanden. Trump bezeichnete al-Shara als „jungen, attraktiven Kerl“, fügte dann fast bewundernd hinzu: „Harter Typ. Mit Vergangenheit – einer sehr starken Vergangenheit. Ein Kämpfer.“

Ein merkwürdiger Kommentar, bedenkt man al-Sharas Vergangenheit als Dschihadistenführer.

Neue Deals in Katar

Neben dieser ungewohnten Diplomatie brachte Trump auch einige handfeste Verträge mit nach Hause. Qatar Airways unterzeichnete eine Vereinbarung zum Kauf von 210 Boeing-Maschinen. Außerdem einigten sich die USA und Katar auf eine enge militärische Zusammenarbeit – ein deutliches Signal in einer ohnehin angespannten Region.

Doch während Trump Deals einfädelt, eskalierte im Gazastreifen erneut die Gewalt. Der Direktor eines Krankenhauses berichtete von nächtlichen israelischen Luftangriffen, bei denen Dutzende Palästinenser getötet wurden. Das Schicksal des Hamas-Führers Muhammad Sinwar bleibt unklar. Sollte Israel ihn tatsächlich ausgeschaltet haben, könnte das – so zynisch es klingt – kaum noch große Auswirkungen haben.



Friedensgespräche ohne Putin

Unterdessen hat sich der russische Präsident Wladimir Putin entschieden, von den geplanten Friedensgesprächen mit der Ukraine in der Türkei fern zu bleiben. Stattdessen wird Wladimir Medinski, ein Hardliner und enger Vertrauter Putins, die Gespräche führen.

Auch Trump, der zwischenzeitlich angedeutet hatte, sich an den Gesprächen zu beteiligen, sagte kurzfristig ab. An seiner Stelle reisen der US-Außenminister Marco Rubio sowie Trumps Sondergesandte Steven Witkoff und Keith Kellogg an.

Die Situation könnte brisanter kaum sein. Beide Seiten treten militärisch auf der Stelle, und Russlands Forderungen in den Verhandlungen mit den USA wirken – gelinde gesagt – überzogen. Rechtfertigen lassen sie sich durch die geringen Erfolge auf dem Schlachtfeld jedenfalls nicht.

Flucht der Afrikaner in die USA: Südafrika empört

Ein anderes Thema sorgt in Südafrika für hitzige Debatten. Präsident Cyril Ramaphosa verurteilte scharf die wachsende Zahl weißer Südafrikaner, die das Land in Richtung USA verlassen. „Sie laufen davon“, sagte er, „vor der Verantwortung, beim Aufbau des Landes mitzuhelfen.“ Wer sich aus dem Staub mache, sei schlicht ein Feigling.

Die südafrikanische Regierung reagierte entschieden auf die Behauptung der Trump-Administration, dass Afrikaner – also Nachfahren weißer Siedler aus der Apartheid-Ära – als Flüchtlinge gelten sollten. Dafür gebe es keinerlei Grundlage.

Die Idee, weiße Farmer würden systematisch bedroht, ist ein Mythos, den Trump schon länger verbreitet – gerne mit Unterstützung seines Beraters Elon Musk, der selbst aus Südafrika stammt. Doch Beweise? Fehlanzeige.

Weitere Themen

– In **New York** sagte die Sängerin Cassie in dem Prozess gegen ihren Ex-Freund und Musikproduzenten Sean Combs aus. Ihre Aussagen sind brisant – und werfen kein gutes Licht auf den Hip-Hop-Mogul.



- Zwischen **Indien und Pakistan** gibt es vorsichtige Zeichen der Entspannung: Beide Länder tauschten inhaftierte Soldaten aus. Satellitenbilder zeigen: Der Schaden nach den letzten Kämpfen blieb überschaubar.
- In **Südkorea** haben Angehörige der Opfer des Jeju-Air-Absturzes Anzeige gegen 15 Luftfahrtbeamte erstattet. Der Vorwurf: grobe Fahrlässigkeit.
- Der **iranische** Außenminister schlägt ein ambitioniertes Atomprojekt vor: Arabische Staaten und US-Investoren sollen gemeinsam in die Urananreicherung einsteigen.
- **China und die USA** nähern sich im Handelskonflikt an – zumindest leicht. Ein Gipfeltreffen scheint wieder in Reichweite, auch wenn Peking an seinen Ansprüchen festhält.
- Ein **US-Gericht** gab der „New York Times“ recht: Die EU muss interne Nachrichten über Corona-Impfstoff-Verhandlungen herausgeben.
- Hochschulkrise in den **USA**: Australien, Kanada und einige europäische Länder umwerben verstärkt Wissenschaftler, die unter Trumps Budgetkürzungen leiden. Manche Angebote sind ziemlich verlockend.
- **OpenAI** will angeblich das Programmier-Tool Windsurf übernehmen – für satte 3 Milliarden Dollar.
- Die britische Luxusmarke **Burberry** streicht bis zu 1.700 Stellen. Der Grund: miserable Verkaufszahlen.

Die Welt dreht sich schnell – und während einige Mauern bauen, reißen andere sie ein. Wer setzt am Ende die besseren Zeichen?

Von C. Hatty